

## Neuer Richtungsstreit in Prag Die tschechische Debatte über ein US-Raketenabwehrsystem

Von Vladimír Handl\*

Nur zehn Jahre nach dem NATO-Beitritt wird wieder über die tschechische Sicherheit heftig diskutiert. Das politische Prag ist tief gespalten. Nach 1990 betrieb man eine Politik des "Sowohl-als-auch": Man baute die Bindungen mit den USA stark aus, gleichzeitig engagierte sich Prag in Sicherheitsfragen auch innerhalb der EU. Mit den US-Plänen, Radaranlagen in Tschechien zu etablieren, startete eine neue Debatte, die man im Jargon der IB-Theorien als post-multilateralistisch und post-institutionalistisch charakterisieren könnte. Man sucht nach Sicherheitsgarantien, die über die NATO (und EU) hinausgehen. Wenn man hier von einem Richtungsstreit reden muß, dann weniger hinsichtlich unterschiedlicher Risiko- oder Strategeanalysen. Nein, es kommen hier (alte) politische, ideologische und institutionelle Präferenzen zum Tragen. Unterschwellig beeinflussen auch die Beziehungen zu Deutschland diese Debatten.

Einerseits scheint das Raketenabwehrsystem Antworten auf die künftige Sicherheitsrisiken anzubieten. Die Notwendigkeit von neuen Sicherheitsmaßnahmen erkennt man auch in der EU an; jedoch ist man da uneins, wenn es konkret werden soll.

Andererseits befürchtet man, dass mit dem Projekt eine eher technologische Antwort auf politische Fragen gesucht wird. Als Resultat könnten andere Akteure – nicht nur Rußland – das US-Programm als Herausforderung oder Vorwand für einen neuen Rüstungswettlauf wahrnehmen bzw. ausnutzen. Dieser kann die gesamte politische Situation weiter belasten. Zusätzlich würde dieser exklusive Bilateralismus mit den USA sowohl NATO als auch EU (weiter) schwächen. Vertrauensvolle Beziehungen zu den USA stehen in diesem Streit einem Multilateralismus der EU gegenüber. Interessant ist, das Irak von beiden Lagern genutzt wird: Die Befürworter des Projekts gehen von der Erfahrung des ersten Irakkrieges aus; die Kritiker argumentieren hingegen mit dem zweiten Irakkrieg unter Führung der USA.

Vereinfacht kann man gegenwärtig in der tschechischen Debatte vier Positionen ausmachen: drei dafür, eine dagegen.

Bei den Befürwortern haben wir zunächst die *hard-core Atlantiker*: Mit einer Umwandlung der NATO zu einer „tool-box“ wächst ihr Bedürfnis, näher an die USA heranzurücken. Das Raketen-Projekt biete dafür eine nahezu ideale Möglichkeit; faktisch „zum Null-Tarif“. Gleichzeitig bevorzugen die Atlantiker innerhalb der EU die Regierungszusammenarbeit und lehnen mehrheitlich den EU-Verfassungsentwurf ab: zuviel Europa könne die EU – und damit Prag – von den USA (weiter) entfernen. Die *Euro-Atlantiker* halten im Prinzip ein Raketenabwehrsystem für notwendig. Die US-Initiative könnte, so ihre Hoffnung, eine Entwicklung auf einem Gebiet in Bewegung setzen, wo die Europäer noch nicht konsens- und aktionsfähig sind. Die russische Position müsse berücksichtigt werden, jedoch habe Moskau kein Vetorecht. Der multilaterale Kontext tritt hier in den Vordergrund: Euro-Atlantiker benötigen einen NATO/EU-Rahmen für das Programm. *Hard-core Eurozentristen* wiederum verstehen die EU als Gegengewicht zu den USA. Deswegen akzeptieren sie zwar ein Raketenabwehrsystem – aber nur im europäischen Rahmen!

Die *Opponenten* der Raketenabwehr bestehen aus mehreren Strömungen: Eine mehrheitlich *besorgte Öffentlichkeit*, die sicherheitspolitische und ökologische Schäden befürchte und/oder

---

\* Vladimír Handl (1957), Forschungsmitarbeiter, Institut für Internationale Beziehungen (Prag, [www.iir.cz](http://www.iir.cz))  
[handl@iir.cz](mailto:handl@iir.cz)

einfach um ihre persönliche Sicherheit besorgt ist. Die *Pazifisten* lehnen militärische Mittel als Instrumente der Sicherheitsvorsorge generell ab. Die prinzipiell *anti-westliche und anti-amerikanische Position* lehnt den (kapitalistischen) Westen/die USA wie auch deren Institutionen ab. Sie ist pluralistisch und bunt, und sie ist nicht nur gegen dieses Raketenabwehrsystem, sondern auch gegen den EU-Verfassungsvertrag.

Und wie sind diese Positionen parteipolitisch sortiert? Die ersten zwei Sichten werden in der Mitte-Rechts Regierungskoalition vertreten. Die oppositionellen Sozialdemokraten können zwischen dem euro-atlantischen Herangehen, dem Eurozentrismus und den Opponenten plaziert werden. Einzig die kommunistische Partei ist völlig den Opponenten, konkret der antiwestlichen Strömung, zuzuordnen. Diese lehnt nicht nur die USA und die NATO prinzipiell ab, sondern orientiert sich sicherheitspolitisch eher an OSZE, Russland oder gar China. Es ist denkbar, daß sie ein Raketenabwehrsystem unterstützen würde, allerdings mit Rußland, nicht mit den USA. Eine Minderheit der kommunistischen Euro-Aktivisten ist dagegen der eurozentristischen Position zuzuordnen.

Und wieso beeinflußt auch Deutschland diese Debatten? Die generellen konzeptionellen Unterschiede in der Europapolitik zwischen den konservativen Parteien in Prag und Berlin und der Euro-Aktivismus der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sind zusätzliche Motive für die tschechischen *hard-core* Atlantiker, sich den USA anzubieten.

25.5.2007

erschienen in: [WeltTrends](http://www.welttrends.de/), Nummer 55, (Jahrgang 15) Sommer 2007, S. 190-191  
<http://www.welttrends.de/>